

Wirtschaftspolitische Positionen der IHK-Organisation 2017

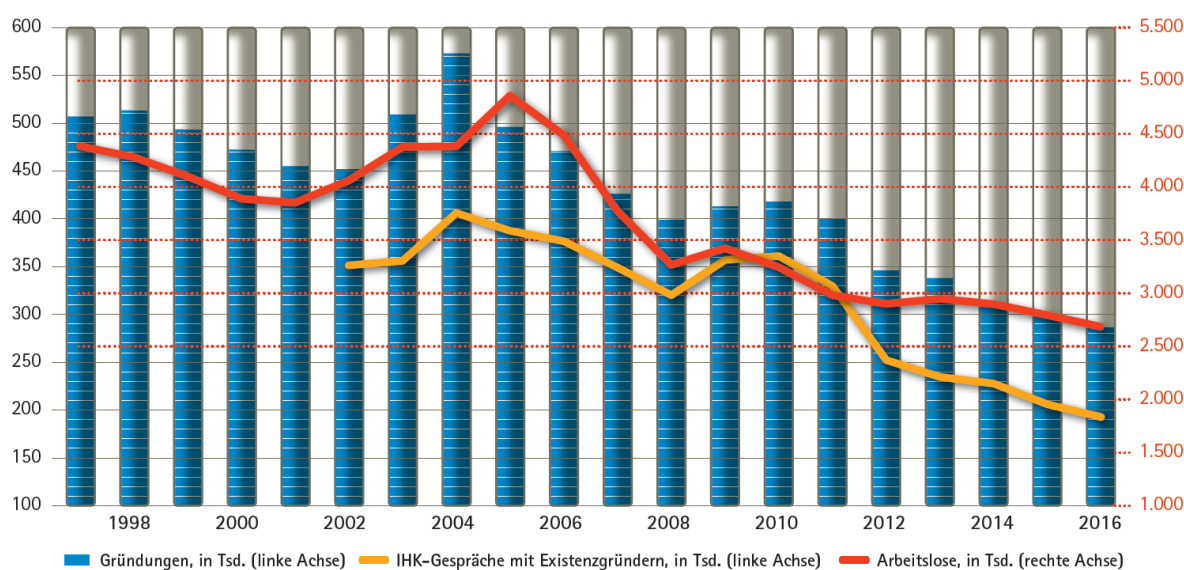
UNTERNEHMENSGRÜNDUNG UND - NACHFOLGE: Unternehmergeist stärken, Wirtschaft zukunftsfähig machen

Die wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation (WiPos) zeigen der Politik konkrete Handlungsfelder für eine gute Wirtschaftspolitik auf. Die WiPos geben die abgestimmte Meinung der IHKs und deren Mitglieder wieder. Sie wurden am 30. März 2017 von der DIHK-Vollversammlung beschlossen.

Unternehmensgründung und -nachfolge: Unternehmergeist stärken, Wirtschaft zukunftsfähig machen

Das rohstoffarme Deutschland ist besonders auf Unternehmertum und Innovationsgeist angewiesen. Doch nur knapp fünf Prozent der erwerbsfähigen Deutschen haben in den vergangenen dreieinhalb Jahren ein Unternehmen gegründet oder befinden sich gerade im Gründungsprozess. In nahezu allen anderen großen Industriestaaten ist die Gründungsneigung höher.¹

Gründungsinteresse sinkt auf neuen Tiefpunkt



Quelle: IfM Bonn, Statistisches Bundesamt, DIHK-Gründerreport 2017

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Mehr Wertschätzung für Unternehmertum in Wirtschaftspolitik, Verwaltung und Schulen verankern
- Mit Bildung Fundament für nachhaltiges Gründungsklima schaffen
- Bürokratie für Gründungen und junge Unternehmen abbauen
- Finanzierungsbedingungen verbessern
- Nachfolge erleichtern

¹ Siehe Global Entrepreneurship Monitor: <http://www.gemconsortium.org>.

Mehr Wertschätzung für Unternehmertum in Wirtschaftspolitik, Verwaltung und Schulen verankern

Zahl der Existenzgründungen sinkt: Immer weniger Menschen gründen mangels Erwerbsalternative.² Ein Grund hierfür ist die stark gesunkene Arbeitslosigkeit. Zugleich bevorzugen viele gut qualifizierte Fachkräfte ein sicheres Angestelltenverhältnis. Teilweise verstärkt mangelndes Verständnis in Politik und Verwaltung für unternehmerisches Handeln den negativen Trend. Immerhin: In manchen Regionen ist die Zahl der Gründungen mit Innovationspotenzial zuletzt leicht gestiegen. Weitere Lichtblicke sind das steigende Gründungsinteresse von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund – der Anteil beider Gruppen an IHK-Gründungsgesprächen steigt seit einigen Jahren kontinuierlich.³

Was zu tun ist: Ein intensiverer Dialog zwischen Unternehmern einerseits sowie Schulen, Hochschulen, Regierungen, Parlamenten und Verwaltungen andererseits kann das Verständnis für unternehmerisches Handeln verbessern. Das stärkt Gründer und mittelständische Unternehmen und erhöht die Wertschätzung für Unternehmertum in Deutschland. Höhere Belastungen von Einkommen oder Vermögen hingegen können die Option „Unternehmensgründung“ unattraktiv machen.

Mit Bildung Fundament für nachhaltiges Gründungsklima schaffen

„Unternehmertum“ und Wirtschaftswissen noch zu wenig in der Bildung verankert: In weiten Teilen des deutschen Bildungssystems sind die Themen „Wirtschaft“ und „Unternehmertum“ nur wenig präsent – trotz Fortschritten in manchen Bundesländern. In der Folge nehmen viele Jugendliche Selbstständigkeit als Berufsperspektive kaum wahr, obwohl sie grundsätzlich an ökonomischen Zusammenhängen interessiert sind.

Was zu tun ist: „Unternehmertum“ und „Wirtschaft“ sollten als Themen bundesweit in den Schulen verankert werden. Know-how und Interesse am Unternehmertum erhöhen Gründungschancen, sichern Fachkräftenachwuchs, sind Basis für Gründungen mit Innovationspotenzial und legen den Grundstein für Betriebsnachfolgen. Mehr Wirtschaft in der Schule kann zu einem realistischeren Unternehmerbild beitragen. Hochschulen sollten Ausgründungen mit Partnern aus der Wirtschaft wie etwa IHKs als Mittler systematisch begleiten. Zu einer Förderung des Unternehmertums gehört auch eine „Kultur der zweiten Chance“ in der Gesellschaft.

Bürokratie für Gründungen und junge Unternehmen abbauen

Gründer stehen vor Hürden. Aufwändige Genehmigungsverfahren, viele unterschiedliche Anlaufstellen sowie neue Berufszugangs- und -ausübungsregeln – wie aktuell für Versicherungsvermittler – verzögern und erschweren häufig den Start von Unternehmen. Trotz jüngster Erleichterungen

² Siehe DIHK-Gründerreport 2016.

³ Mittlerweile stellen Frauen mehr als 40 Prozent der Teilnehmer an IHK-Gründungsgesprächen. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund ist seit 2007 von 14 Prozent auf nunmehr rund 20 Prozent gestiegen. Siehe DIHK-Gründerreport 2016, DIHK; „Existenzgründer mit Migrationshintergrund beleben die Wirtschaft“, Sonderauswertung DIHK-Gründerreport 2015.

etwa bei der Buchführungspflicht belastet das komplexe und oftmals schwer verständliche Steuerrecht gerade Gründer.

Was zu tun ist: Bund, Länder und Kommunen sollten ihre digitalen Angebote dahingehend weiterentwickeln, dass Gründer möglichst viele Schritte gebündelt und online erledigen können. Hier kann der Service der Einheitlichen Ansprechpartner gemäß EU-Dienstleistungsrichtlinie mit einbezogen werden. Sämtliche Regelungen etwa zum Berufszugang sollten dahingehend überprüft werden, ob sie unter dem Aspekt der Gewerbefreiheit geeignet, erforderlich und angemessen sind. Bürokratie sollte weiter abgebaut werden. So sollten kleine Unternehmen ihren Gewinn statt mit dem komplizierten Formular „Einnahmen-Überschussrechnung“ wieder formlos ermitteln dürfen. Gründern sollte, wie es für andere Unternehmen bereits gilt, eine vierteljährliche – statt monatliche – Umsatzsteuervoranmeldung erlaubt werden.

Finanzierungsbedingungen verbessern

Zugang zu Beteiligungskapital ausbaufähig: In Deutschland hat sich vor allem in Großstädten eine international beachtete Szene innovativer Unternehmensgründungen gebildet. Dieses Segment genießt wachsende mediale Aufmerksamkeit, auch aufgrund ihres überdurchschnittlichen hohen Beitrags zu Wachstum, Innovation und Beschäftigung. Allerdings sind gerade einmal sieben Prozent aller Teilnehmer an IHK-Gründungsberatungen diesen Startups zuzuordnen. Noch immer scheitern zudem etliche Startups an mangelndem Beteiligungskapital, insbesondere in der Wachstumsphase. Für Existenzgründer sind die Angebote der öffentlichen Förderbanken, mittelständischen Beteiligungsgesellschaften und der Europäischen Investitionsbank wichtige ergänzende Finanzierungssäulen.

Was zu tun ist: Innovative Unternehmensgründungen und -nachfolgen könnten mehr privates Beteiligungskapital aktivieren, wenn z. B. bessere steuerliche Verlustverrechnungsmöglichkeiten und ein rechtssicherer Rahmen für Investoren geschaffen würden. Die Reform des Verlustvortrages war – neben neuen staatlichen Initiativen – ein richtiger Schritt, aber sollte praxisgerecht ausgestaltet werden. So sollten z. B. Änderungen des Geschäftsmodells bereits innerhalb der ersten drei Jahre möglich sein. Zudem sollten neue Regularien für die Banken die Kreditvergabe an kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) – und damit auch an Gründer und Nachfolger – nicht über Gebühr einschränken. Die Politik sollte unter Einbeziehung der Wirtschaft das Angebot der deutschen und europäischen öffentlichen Förderbanken auf Praxisauglichkeit überprüfen. Sie sollte prüfen, inwieweit erfolgreiche Crowdfunding-Kampagnen den Zugang zu öffentlichen Fördermitteln erleichtern können.

Nachfolge erleichtern

Immer mehr Senior-Unternehmer auf Nachfolgersuche: Zwar ist die Zahl der Nachfolgeinteressenten, die bei ihrer IHK Rat suchen, zuletzt gestiegen. Doch auch die Zahl der Alt-Inhaber, die sich von ihrer IHK unterstützen lassen, steigt. Mehr Unternehmer erreichen das „Rentenalter“. Die nächste Generation sieht die Nachfolge immer seltener als „familiären Automatismus“ an. Mit der

Einigung bei der Erbschaftsteuer haben Familienunternehmen zwar endlich Rechtsicherheit. Allerdings wird die Übergabe an die nächste Generation für viele Unternehmen teurer. Das erschwert Kindern zusätzlich die Übernahme des elterlichen Betriebes. Daher werden künftig noch mehr Unternehmer außerhalb der Familie einen Nachfolger finden müssen. All das macht die Nachfolgesuche und das Zusammenbringen von Alt-Inhabern und Interessenten schwierig. Kritischster Punkt in den Nachfolgeverhandlungen ist laut IHK-Experten die Finanzierung des Kaufpreises.⁴

Was zu tun ist: Mehr Interessenten an der Unternehmensnachfolge und bessere Finanzierungsbedingungen würden vielen Unternehmen die Nachfolge erleichtern. Zudem sollte die beschlossene Erbschaftsteuerreform schnell mittelstandsgerecht umgesetzt werden. Die neuen gesetzlichen Formulierungen bedürfen an vielen Stellen der zeitnahen Konkretisierung durch die Finanzverwaltung.

Die IHK-Organisation trägt hierzu bei unter anderem durch:

- durch jährlich 200.000 Erstauskünfte, Einstiegsgespräche und IHK-Beratungen zum Geschäftskonzept
- als Regionalpartner bei den Programmen zur Beratungsförderung für Jungunternehmen und Unternehmen in Schwierigkeiten
- als Regionalpartner der Unternehmensnachfolgebörse nexxt-change (www.nexxt-change.org)
- mit jährlich 20.000 Beratungen und Kontakten zu Alt-Inhabern auf Nachfolgersuche und po-

⁴ Siehe DIHK-Report zur Unternehmensnachfolge 2016.